

Stadtverwaltung Naumburg (Saale)
Stabsstelle Rechnungsprüfung

Prüfungsbericht gemäß § 141 Absatz 3
Kommunalverfassungsgesetz (KVG LSA)
zum Jahresabschlusses 2019
der
Stadt Naumburg (Saale)

Inhaltsverzeichnis

Ziffer	Bezeichnung	Seite
I	<i>Prüfungsauftrag</i>	5
II	<i>Allgemeines</i>	4
III	<i>Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung</i>	9
IV	<i>Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung</i>	11
V	<i>Vermögensrechnung (Bilanz)</i>	
1.	Allgemeines	11
2.	Kennzahlen	13
VI	<i>Ergebnisrechnung</i>	
1.	Allgemeines	17
2.	Kennzahlen	20
VII	<i>Finanzrechnung</i>	
1.	Allgemeines	23
2.	Kennzahlen	25
3.	Prüfungen der offenen Forderungen	27
VIII	<i>Anhang</i>	29
IX	<i>Anlagen des Anhangs</i>	29
	Rechenschaftsbericht	
	Anlagevermögen	
	Forderungsübersicht	
	Verbindlichkeitenübersicht	
	Übersicht über zu übertragende	
	Haushaltsermächtigungen	
	Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	
	Rückstellungsspiegel	

X	<i>Ergebnis der Jahresabschlussprüfung und Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes</i>	31
----------	--	-----------

Abkürzungsverzeichnis

Die Abkürzungen sind teilweise im Text dieses Berichtes erläutert. Soweit keine Erläuterungen erfolgt sind, können diese der nachfolgenden Aufstellung entnommen werden. Für Gesetze, Verordnungen und Verdingungsordnungen wurde die für den Prüfungszeitraum jeweils gültige Fassung zugrunde gelegt

Abs.	Absatz
EW	Einwohnerinnen und Einwohner
EZB	Europäische Zentralbank
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung (außer Kraft)
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
HHJ	Haushaltsjahr
IDR	Institut der Rechnungsprüfer
InsO	Insolvenzordnung
JA	Jahresabschluss
JVA	Justizvollzugsanstalt
KITA	Kindertageseinrichtung
KAB	Kommunalaufsichtsbehörde
KomHVO	Verordnung über die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplanes der Gemeinden, Landkreise und Verbandsgemeinden im Land Sachsen-Anhalt nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung
KVG LSA	Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
LRH	Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt
MI	Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt
NMB	Naumburg
RPA	Stabsstelle Rechnungsprüfung/Rechnungsprüfungsamt
STARK II	Teilentschuldungsprogramm für Kommunen in Sachsen-Anhalt

I **Prüfungsauftrag**

Die Stadt Naumburg (Saale) hat zum 01.01.2011 die kommunale Haushaltsführung entsprechend dem Gesetz zur Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens für die Kommunen des Landes Sachsen-Anhalt vom 22.03.2006 auf die doppelte Buchführung umgestellt. Die Haushaltsführung und der Jahresabschluss 2019 erfolgten nach den in 2019 gültigen gesetzlichen Regelungen, des Kommunalverfassungsgesetzes (KVG LSA) und der Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO). Seit 01.07.2014 gilt das Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA). Der gesetzliche Prüfauftrag ergibt sich somit aus § 136 i. V. m. § 140 Abs. 1 Nr. 1 KVG LSA. Die Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO) trat am 01.01.2016 in Kraft (zuvor: GemHVO Doppik). Bei der Prüfung wird auf die 2019 geltenden Gesetze abgestellt.

Der Jahresabschluss (JA) der Stadt Naumburg (Saale) 2019 wurde der Stabsstelle Rechnungsprüfung am 17.10.2023 vorgelegt.

Im § 118 Abs. 1 KVG LSA ist dazu Folgendes geregelt: *„Die Kommune hat für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Er ist nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen und muss klar und übersichtlich sein. Im Jahresabschluss sind, soweit durch Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist, sämtliche Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde darzustellen.“*

Nach § 120 KVG LSA Abs. 1 ist der Jahresabschluss innerhalb von vier Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen. Diese Vorschrift konnte nicht eingehalten werden, da die Eröffnungsbilanz sowie deren Prüfung erst im April 2014 fertiggestellt wurden und sich somit die doppelten Jahresabschlüsse in den Folgejahren ebenfalls verzögerten. Ein deutliches Aufholen fehlender Jahresabschlüsse gelang bisher nicht. Mit diesem Problem steht die Stadt Naumburg (Saale) als typische Mittelstadt mit 20.000 bis 50.000 Einwohner(innen) in Sachsen-Anhalt nicht allein (siehe II).

II **Allgemeines**

Von der Kameralistik zu Doppik

Die Kameralistik erfasste nur Einzahlungen und Auszahlungen von Gemeinden. Sie gab Auskunft über die Ordnungsmäßigkeit, die Liquidität und den Kassenbestand einer Gemeinde (vgl. Torgum Aghumyan, Kameralistik im Vergleich zur Doppik, Hamburg 2020). Darüber hinaus konnte die Einhaltung des zugewiesenen Budgets durch den Vergleich von Soll-Beständen und Ist-Beständen überwacht werden. Die kameralistische Haushaltsverwaltung kannte keine Inventur und kein Inventar mit Wertauskünften. Die Nutzungsdauer bspw. neu beschaffter Vermögenswerte konnte nicht festgestellt werden,

Abschreibungen fanden keine Berücksichtigung. Dadurch wurde der tatsächliche Ressourcenverbrauch nicht sichtbar. So waren bspw. Neubauten in der Bauphase im Haushalt sichtbar, danach verschwanden sie aus dem Blickwinkel der Kameralistik.

Mit der Einführung der Doppik auf kommunaler Ebene waren zunächst große Hoffnungen verbunden: Durch die Orientierung am kaufmännischen Rechnungswesen versprach man sich mehr Transparenz und Steuerbarkeit für die kommunalen Haushalte. Insbesondere der Werteverzehr bei der öffentlichen Infrastruktur bzw. der Ressourcenverbrauch sollte deutlicher zu Tage treten, weil nunmehr unmittelbar in die Haushaltsbücher integriert. Grundlage dafür ist die Anlagenbuchhaltung. Man spricht daher auch von der „Anlagenbuchhaltung als Herzstück der Doppik“ (vgl. Nadja Schüllermann: Die Anlagenbuchhaltung als Herzstück der Doppik, IKW Institut für Kommunalwirtschaft GmbH, 2015).

Jedenfalls soll die Doppik zu einem wirtschaftlicheren Umgang mit Vermögen und Ressourcen und damit auch zu einem Mehr an Generationengerechtigkeit beitragen (siehe S. 21f).

Neben die kommunale Aufgabenerfüllung trat mit der Doppik nunmehr das Ziel des Vermögenserhaltes.

Die Umstellung als Daueraufgabe oder Kommunen im Blindflug?

In seinem Jahresbericht 2018 bemängelte der sächsische Landesrechnungshof, dass noch immer 22% der sächsischen Kommunen über keine Eröffnungsbilanz verfügten und nur 10% der Kommunen fristgerecht einen Jahresabschluss vorgelegt hätten. Dabei prägte der Rechnungshof den Begriff des „finanzpolitischen Blindflugs“, in dem sich viele Kommunen befinden würden.¹ Die Rechtsaufsichtsbehörden seien zudem bei den Sanktionsmöglichkeiten zu zahn.

In Sachsen-Anhalt erhebt der Landesrechnungshof jährlich Daten zu den Bearbeitungsständen in Sachsen-Anhalt. Stand 2023 trifft auch hier zu, dass Finanzentscheidungen in den meisten Kommunen lediglich auf Basis fortgeschriebener Plandaten erfolgen. Grundsätzlich gilt für Sachsen-Anhalt die Regel „je kleiner die Kommune, desto größer der Rückstand“.

¹ In der Sitzung des Finanz- und Vergabeausschusses am 25.4.2023 bemängelte Gemeinderat Herr Dr. Böcker, dass durch die Verzögerungen der Gemeinderat quasi um sein Budgetrecht gebracht würde.

Übersicht Groß- und Mittelstädte Stand 31.12.2022

Stadt	Geprüfter Jahresabschluss für das Jahr
Magdeburg	2021
Halle	2021
Aschersleben	2012
Bernburg	2019
Bitterfeld-Wolfen	2019
Dessau-Roßlau	---
Eisleben	2015
Halberstadt	2020
Köthen	---
Merseburg	2013
Naumburg	2018
Salzwedel	2014
Sangerhausen	2018
Schönebeck	2017
Stäsaft	2020
Weißenfels	---
Wernigerode	2019
Wittenberg	----
Zeitz	2013

Zum 31.12.2022 lagen in den Städten Dessau-Roßlau, Köthen, Wittenberg und Weißenfels keine Jahresabschlüsse vor. Dies lag vor allem an Problemen mit der Aufstellung der Eröffnungsbilanzen. Von Merseburg und Weißenfels ist bekannt, dass sie vom Runderlass des Ministeriums des Inneren (MI) vom 15.10.2020 Gebrauch machen und Jahresabschlüsse bis 2017 verkürzen. Im Ergänzungserlass des MI vom 20.4.2022 wurden unter anderem die Rechnungsprüfungsämter gebeten, die Prüfungen schnellstmöglich vorzunehmen.

Von den Gemeinden unter 20.000 Einwohnern (EW) hatten zum Stichtag 31.12.2022 rund die Hälfte keinen geprüften Jahresabschluss.

Folgen des Rückstandes

Die verbesserte Steuerung der Haushalte war ein erklärtes Ziel der Doppik. Das traditionelle kleinteilige Lenken über Mittelzuteilung (Mittelbereitstellung projekt- oder aufgabenbezogen) sollte durch die Vorgabe allgemeiner Ziele unter Orientierung an Kennzahlen erfolgen (Bsp.: Stärkung von Unterhaltungsmaßnahmen statt Investitionen, Senkung Personalaufwandsquote etc.). Dies setzt allerdings voraus, dass die Verwaltung ihre eigene Kontrolle durch zeitnahe und verständliche Berichte und Jahresabschlüsse ermöglicht.

Die vom sächsischen Landesrechnungshof 2018 formulierte Erkenntnis, dass zurzeit der Aufwand für die Doppik bestehe, während sich der Nutzen der Reform noch nicht eingestellt habe, dürfte für Sachsen-Anhalt auch 2023 zutreffen.

Ebenfalls erheblich erschwert wird durch den Rückstand der Einzug betriebswirtschaftlichen Denkens in der Kommunalpolitik. Nicht alle kommunalen Leistungen und Angebote können und sollen vorrangig betriebswirtschaftlich betrachtet werden, aber finanzorientierte Aspekte können neben sozialen, traditionellen oder kulturellen Gesichtspunkte nur Bestand haben, wenn Klarheit über die Finanzlage einer Kommune besteht.

Zur Stärkung der Anlagenbuchhaltung wurde im Juli 2023 eine zweite Planstelle im Sachgebiet Finanzen eingerichtet. Dies ist als positive Maßnahme zur Beschleunigung der Nachholung von Jahresabschlüssen zu werten. Bei einer Beratung der Rechnungsprüfungsämter mit dem Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt am 20.4.2022 in Zerbst wurde festgestellt, dass Fachpersonal für spezifisch auf Doppik zugeschnittene Aufgaben am Arbeitsmarkt kaum zu gewinnen ist. Die Gewinnung von geeigneten Mitarbeiter(innen) ist nur über langwierige Qualifizierungsmaßnahmen möglich, wobei die Gefahr des Wechsels des dann qualifizierten Personals besonders im Umkreis der Städte Magdeburg und Halle beklagt wurde.

Probleme mit der Vergleichbarkeit

Eine Vergleichbarkeit der Haushaltslage von Kommunen ist in der Doppik gegenüber dem kameralen System eingeschränkt. Länderübergreifende Vergleiche scheitern bereits an den Vorschriften über die Bewertung kommunaler Vermögensgüter oder der Rückstellungen (z.B. Beamtenpensionen bei Zwangsmitgliedern in Versorgungsverbänden in Sachsen-Anhalt oder Thüringen). Da der Gesetzgeber in Sachsen-Anhalt den Kommunen bei der Bilanzierung von Vermögenswerten Spielräume lässt und unterschiedliche Auffassung zur Bewertung von Vermögensgütern bestehen, stehen vergleichende Statistiken auf schwachen Beinen. Bei einem Austausch der Rechnungsprüfungsämter von Zeitz, Weißenfels und Naumburg im September 2023 wurde deutlich, dass der Vergleich bestimmter Kennzahlen zur Zeit wenig sinnvoll ist. So weichen bspw. frühbarocke Schlossbauten bei der Herangehensweise der Bewertung voneinander ab. Gegeben ist die Vergleichbarkeit von Kennzahlen, die bereits vor der Einführung der Doppik verwendet wurden, zum Beispiel die Personalaufwandsquote. Aber auch hier nur hinsichtlich der Kernverwaltung, dessen Begriff durch den Landesrechnungshof definiert wurde, oder ausgewählter Bereiche (Bauhof als Eigenbetrieb/als Teil der Verwaltung). Zum nächsten Treffen der Rechnungsprüfungsämter mit dem Landesrechnungshof wird die Bildung von Vergleichsringen von der Stabsstelle angesprochen werden.

Herangehensweise der Stabsstelle Rechnungsprüfung

Der Jahresabschluss 2019 wurde der Stabsstelle Rechnungsprüfung am 17.10.2023 übergeben. Als Termin für die Abgabe des Prüfberichtes wurde der 15.11.2023 genannt,

um die Nachholung des Abschlusses 2019 noch in diesem Jahr zu erreichen. Es handelt sich dabei um einen Zeitraum von 21 Werktagen. Da im Ergänzungserlass des MI vom 20.4.2022 die Rechnungsprüfungsämter gebeten wurden, die Prüfungen schnellstmöglich vorzunehmen, basiert der Prüfbericht auf Stichproben sowie die Erweiterung von Kennzahlen (sofern nicht bereits im Rechenschaftsbericht enthalten).²

Teil 3 des Jahresberichtes 2022 (Kommunalbericht) des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt ist der Stabsstelle am 3.11.2023 in digitaler Form zugegangen. Inhalte des Berichtes konnten nicht mehr für diesen Prüfungsbericht der Stabsstelle berücksichtigt werden. Dies ist insoweit unschädlich, als der Bericht von 2020 die Jahre bis 2019 erfasst.

III Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Der Jahresabschluss besteht gemäß § 118 Abs. 2 KVG LSA aus

1. einer Ergebnisrechnung (siehe VI),
2. einer Finanzrechnung (siehe VII),
3. einer Vermögensrechnung (Bilanz, siehe V),
4. einem Anhang (siehe VIII).

Der Jahresabschluss ist durch einen Rechenschaftsbericht, der als Anlage beizufügen ist, zu erläutern.

Dem Jahresabschluss sind insbesondere folgende weitere Anlagen beizufügen:

1. Übersichten über das Anlagevermögen, die Forderungen und die Verbindlichkeiten sowie
2. eine Übersicht über die in das folgende Jahr zu übertragenden Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen gemäß §107 Abs. 3. KVG LSA.

Der Inhalt der Prüfung des Jahresabschlusses bestimmt sich nach § 141 KVG LSA. Danach ist der Jahresabschluss mit allen Unterlagen daraufhin zu prüfen, ob

- bei den Erträgen, Einzahlungen, Aufwendungen und Auszahlungen sowie bei der Verwaltung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,

²² Vgl. Dr. Michael Grimberg, Analyse des kommunalen Jahresabschlusses, Verlag Carla Grimberg, 2009. Eine Analyse des kommunalen Haushaltes ist nur durch Aufbau eines Kennzahlensystems möglich.

- der Haushaltsplan eingehalten worden ist,
- die Anlagen zum Jahresabschluss vollständig und richtig sind und
- er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gemeinde darstellt.

In die Prüfung wurden daher einbezogen

- die Inventur,
- die Buchführung,
- das Inventar und
- die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer (§ 40 Abs. 1 S. 4 KomHVO).

Der Rechenschaftsbericht wurde darauf geprüft, ob

- er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht (§ 48 Abs. 1 KomHVO),
- seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune erwecken und die wichtigsten Ergebnisse des zu berichtenden Haushaltsjahres 2019 enthalten sind (§ 48 Abs. 1 KomHVO) und
- Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung der Kommune zutreffend dargestellt sind (§ 48 Abs. 2 KomHVO).

Es wurde ebenfalls geprüft, ob das **Vorjahr** ordnungsgemäß abgewickelt worden ist:

- Beschlussfassung (§ 120 Abs. 1 KVG LSA) über die Abschlüsse,
- Entlastungsbeschluss,
- Mitteilung an die Kommunalaufsichtsbehörde,
- öffentliche Bekanntmachung und
- öffentliche Auslegung einschließlich Konsolidierungsbericht (§ 120 Abs. 2 KVG LSA)

Der Oberbürgermeister stellte am 13.05.2022 gemäß § 120 Absatz 1 Satz 2 KVG LSA die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2018 fest und übergab diesen am 25.05.2022 der Stabsstelle Rechnungsprüfung.

Anschließend hat der Oberbürgermeister den Abschluss 2018 mit dem Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 09.11.2022 und seiner Stellungnahme zu diesem Bericht am 07.12.2022 dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt (Vorlage 122/22). Die öffentliche Bekanntmachung erfolgte am 10.02.2023, die öffentliche Auslegung in der Zeit vom 13. bis 21.02.2023. Die Unterlagen zum Beschluss wurden am 22.02.2023 der Kommunalaufsichtsbehörde übergeben.

IV Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung

Der Jahresabschluss 2019 wurde nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) klar und übersichtlich aufgestellt (§ 141 Abs. 1 i. V. m. § 118 Abs. 1 KVG LSA). Der unbestimmte Rechtsbegriff „GoB“ bezieht sich sowohl auf die Erfassung und Abwicklung der Geschäftsvorfälle im Rahmen der Buchführung als auch auf die Erstellung des Jahresabschlusses.

Der Jahresabschluss dient nach herrschender Auffassung der Dokumentation und der Rechenschaft mit dem Ziel der Kapital- und Substanzerhaltung.

V Vermögensrechnung (Bilanz)

1. Allgemeines

Die Vermögensrechnung wurde gemäß § 46 Abs 1 der KomHVO LSA in Kontenform aufgestellt.

Die Gliederung entspricht den gesetzlichen Vorgaben, im Anhang sind die Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre dargestellt. Es wurden keine Anhaltspunkte entdeckt, die als Indiz für eine Verfehlung des Grundsatzes der Vollständigkeit gelten können.

Die in der Bilanz ausgewiesene Aktiva und Passiva entsprechen den gesetzlichen Vorschriften gemäß § 113 KVG LSA und dem Abschnitt 9 der KomHVO LSA.

Beide Positionen sind entsprechend den jeweiligen Gliederungsvorschriften im § 46 KomHVO LSA ausgewiesen und werden im Anhang vollständig und zutreffend erläutert.

Die in den Jahresabschlüssen der Jahre 2011 bis 2018 angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gemäß § 37 Nr. 4 KomHVO LSA wurden 2019 analog beibehalten.

Die Bilanzsumme hat sich Jahr 2019 von 188.736.266,67 EUR auf 187.309.553,72 EUR verringert.

Die in der Anlagenbuchhaltung vorzunehmenden Buchungen, hier: Aktivierungen, Umbuchungen, Abgänge, Zuschreibungen, Abschreibungen, Passivierungen, Rückzahlungen, Rückauflösungen und Sonderauflösungen wurden im Zeitraum von Oktober 2022 bis zum August 2023 (letzter Eingang Buchungsbelege von 2019 beim RPA) geprüft.

Einzelne Bilanzpositionen	
1. <u>Eigenkapital</u>	Das Eigenkapital wird in der kommunalen Vermögensrechnung auf der Passivseite als Differenz zwischen Vermögen und Schulden ausgewiesen. Zum Eigenkapital gehören gemäß § 46 Abs. 4 Nr. 1 KomHVO folgende Posten der Bilanz:

	<ul style="list-style-type: none"> ➤ Rücklagen; ➤ Sonderrücklagen; ➤ Fehlbetragsvortrag; ➤ Jahresergebnis. <p>Das Eigenkapital beträgt zum Bilanzstichtag 85.849.378,30 EUR ist damit um 1.099.970,51 EUR höher als im Vorjahr und macht 45,8 % der Bilanzsumme aus (siehe auch Kennzahl Eigenkapitalquote).</p>
1.1. Rücklagen	
1.1.1. Rücklage aus der Eröffnungsbilanz	Im Haushaltsjahr 2019 hat sich die Rücklage aus der Eröffnungsbilanz um 101.545,50 EUR und damit auf 67.274.494,71 EUR erhöht.
1.1.2. Rücklagen a. d. <u>Überschüssen d. ordentlichen Ergebnisses</u>	Die Rücklagen aus den Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses weisen zum 31.12.2019 einen Wert von 16.286.919,59 EUR aus und haben sich damit um 3.719.914,61 EUR erhöht. Unter Beachtung § 22 Abs. 1 KomHVO ist aus den Überschüssen aus dem ordentlichen Ergebnis eine Rücklage zu bilden.
1.1.3. Rücklagen a. d. <u>Überschüssen d. außerordentlichen Ergebnisses</u>	Das außerordentliche Ergebnis an Rücklagen aus Überschüssen hat zum 31.12.2019 einen Wert in Höhe von 63.907,85 EUR betragen, im Vorjahr stellte sich dieses Ergebnis in Höhe von 179.681,65 EUR dar.
1.2. Sonderrücklagen	Die Sonderrücklage hat sich zum 31.12.2019 gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.
1.3. Fehlbetragsvortrag	Ein Fehlbetrag wurde nicht ausgewiesen und festgestellt.
1.4. Jahresergebnis	Die Ergebnisrechnung hat mit einem Überschuss abgeschlossen. Der Überschuss von 998.425,01 EUR erhöht das Eigenkapital in der Bilanz. Der Überschuss ist gegenüber 2018 allerdings deutlich geringer ausgefallen (2018: 3.604.140,81 EUR).
2. Sonderposten	<p>Die Bilanzierung von erhaltenen Mitteln Dritter ist auf der Passivseite der Bilanz durch die Bildung von Sonderposten (<i>Mittelherkunft</i>) im Besonderen dargestellt. Diese dürfen nicht frei verwendet werden, sondern werden lediglich zweckgebunden für festgelegte Maßnahmen zur Verfügung gestellt. Diese sind ertragswirksam aufzulösen.</p> <p>Die Sonderposten wurden im Jahresergebnis mit 80.000.310,10 EUR dargestellt und liegen damit um 2.821.778,26 EUR höher als im Vorjahr.</p>
3. Rückstellungen	Rückstellungen werden gebildet, wenn eine Verpflichtung zur Zahlung dem Grund nach besteht oder zumindest überwiegend wahrscheinlich ist, die Höhe und / oder der Zeitpunkt der Zahlungsverpflichtung allerdings noch ungewiss ist.

	Es ist festzustellen, dass sich die Rückstellungen im Vergleich zum Vorjahr um 40.856,55 EUR auf 340.552,02 EUR verringert haben.
4. Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten sind im Gegensatz zu Rückstellungen, sichere Verpflichtungen zur Zahlung im Sinne von Schulden. Es gilt der Grundsatz der Vollständigkeit gemäß § 34 Abs. 1 KomHVO LSA, in dem alle bestehenden Schulden zu erfassen sind. Es wurde festgestellt, dass sich die Verbindlichkeiten insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 5.410.226,33 EUR verringert haben. Durch eine kontinuierliche Tilgung von getätigten Kreditaufnahmen aus Vorjahren konnte dieses erreicht werden.

2. Kennzahlen

Mit dem Aufbau eines Kennzahlensystems soll erreicht werden, die Darstellung der dauernden Leistungsfähigkeit einer Kommune zu ermöglichen und damit zu sichern. Durch die Drei-Komponenten-Rechnung (auch Drei-Komponenten-Modell genannt) Ergebnisrechnung (laufend), Finanzrechnung (laufend) und Vermögensrechnung (=Bilanz, nur zum Stichtag 31.12.) ist eine Einschätzung grundsätzlich schwierig. Nur durch ein Kennzahlensystem, in dem die einzelnen Kennzahlen nicht isoliert betrachtet werden, sondern im Zusammenhang, ist eine Aussagefähigkeit gegeben. So kann z. B. eine Kennzahl eine andere bestätigen, aber auch einer anderen widersprechen; oder sie wirkt für sich genommen trügerisch.

In Anlehnung an das Kennzahlenset Nordrhein-Westfalen werden die Kennzahlen in vier Gruppen unterteilt und der Vermögensrechnung, Finanzrechnung und Ergebnisrechnung zugeteilt.

Kennzahl	Zuordnung zu	Ziffer im Bericht
<u>zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation</u>		
Eigenkapitalquote	Vermögensrechnung	V 2.
Jahresergebnis	Ergebnisrechnung	VI 2.
Kostendeckungsgrad	Ergebnisrechnung	noch nicht ermittelt
<u>zur Vermögenslage</u>		
Investitionsquote	Vermögensrechnung	noch nicht ermittelt
Abschreibungsbelastung	Ergebnisrechnung	Rechenschaftsbericht S. 16
Infrastrukturquote	Vermögensrechnung	V 2.
Durchschnittliche Restnutzungsdauer	Ergebnisrechnung	VI 2.
Anlagenintensitätsquote	Vermögensrechnung	Rechenschaftsbericht S. 5
<u>zur Finanzlage</u>		
Cash-Flow	Finanzrechnung	Rechenschaftsbericht S. 17
Verschuldungsgrad je Einwohner(in)	Vermögensrechnung*	V 2.
Schuldenstand	Vermögensrechnung*	V 2.

Fremdkapitalquote	Vermögensrechnung	Rechenschaftsbericht S. 5
Kreditstruktur	Finanzrechnung	VII 2.
zur Aufwands- und Ertragslage		
Personalkostenquote	Ergebnisrechnung	VI 2.
Zuwendungsquote	Ergebnisrechnung	V 2.
Steuerquote	Ergebnisrechnung	noch nicht ermittelt
Zinslastquote	Ergebnisrechnung	Rechenschaftsbericht S. 16

*Betrachtung hier als Kennzahl zur haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation

Eigenkapitalquote



In der Doppik ist das Eigenkapital die Differenz zwischen Vermögen (Aktiva) und Schulden (Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen). Die Eigenkapitalquote ist gegenüber 2018 von 44,9% auf 45,8% gestiegen. Grundsätzlich ist diese Entwicklung positiv. Anders als bei Unternehmen ist die Eigenkapitalquote trügerisch. Da der größte Teil des kommunalen Vermögens unverkäuflich ist, kann aus dieser Zahl nicht zwingend auf die finanzielle Leistungsfähigkeit geschlossen werden.³ Die Doppik unterscheidet nicht zwischen veräußerbarem und nicht veräußerbarem Vermögen, so dass keine Aussagen zur Verwendung des Eigenkapitals für Fehlbeträge getroffen werden kann.

Die Eigenkapitalquote kann daher im Zusammenhang mit der **Anlagenintensitätsquote** (siehe Rechenschaftsbericht Seite 5) bzw. der Infrastrukturquote gesehen werden.

Infrastrukturquote

Die Infrastrukturquote ist eine Kennzahl, die Auskunft über den Anteil des in der Infrastruktur gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen einer Gebietskörperschaft gibt. Es handelt sich dabei um nicht veräußerbares Vermögen, umfasst es jedoch nicht abschließend.

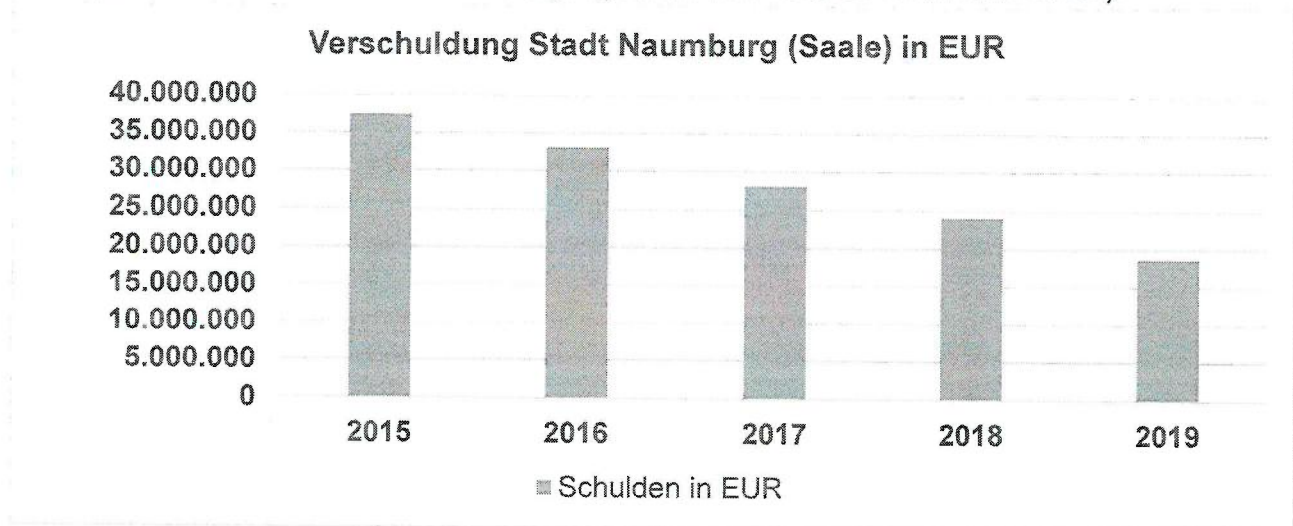
³ Vgl. Holger Mühlenkamp, Zum Eigenkapital von Gebietskörperschaften – populäre Irrtümer und Missverständnisse, in: Der Gemeindehaushalt 1/2010.

*Infrastrukturquote = Infrastrukturvermögen in EUR/Gesamtvermögen (Bilanzsumme) in EUR * 100*

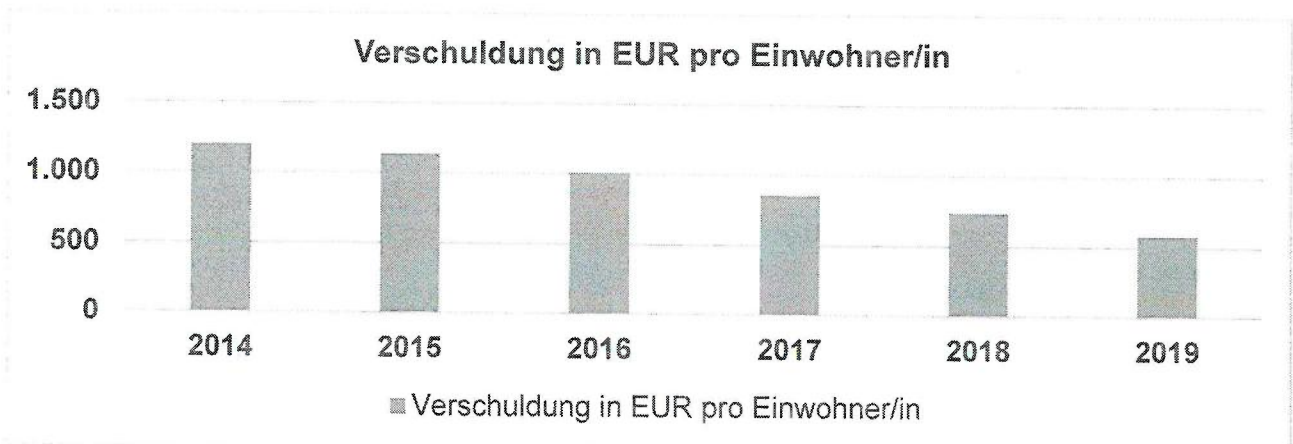
Jahr	Infrastrukturquote
2019	27,85%
2018	26,43%
2017	26,88%
2016	27,55%
2015	noch zu ermitteln

Gesamtverschuldung

Die Gesamtverschuldung (kurz- und langfristige Verbindlichkeiten Stand 31.12.2019) nahm auch 2019 wieder ab. Sie sank von 24.092.152,23 EUR in 2018 auf 18.681.925,90 EUR (Teilnahme am STARK II Förderprogramm des Landes Sachsen-Anhalt).



Verschuldung je EW basierend auf Gesamtverschuldung zum 31.12.



Die konsequente Entschuldung wurde auch 2019 fortgeführt, so dass die Pro-Kopf-Verschuldung von 743,54 EUR (2018) auf 581 EUR (2019) sank.

Dank des Berichtes des Landesrechnungshofes vom Oktober 2020 zu den Kommunalfinanzen bestehen Daten, die einen Vergleich der Verschuldung der Stadt Naumburg (Saale) mit dem Landesdurchschnitt der Kommunen zulassen (zum 31.12.).

Jahr	Verschuldung in Mio		Verschuldung in Mio			
	EUR Kommunen S-A	in % ab 2015	EUR NMB	in % ab 2015		
2015	3100	100,00	37,42	100,00		
2016	3048	98,32	33,17	88,64		
2017	2849	91,90	28,05	74,96		
2018	2737	88,29	24,09	64,38		
2019	2705	87,26	18,68	49,92		

Entwicklung Schuldenstand Stadt Naumburg (Saale) seit 2015 im Verhältnis zu Kommunen im Land

Während die Verschuldung aller Kommunen von 2015 bis 2019 um ca. 13% gesunken ist, hat sich die Verschuldung der Stadt Naumburg (Saale) halbiert.

Selbst eine schuldenfreie Kommune handelt nicht unbedingt generationengerecht. Schuldenfreiheit entlastet zwar den Ergebnishaushalt (Zins und Tilgung); entscheidend bleibt aber, ob der Ergebnishaushalt ausgeglichen ist. Zentrales Beurteilungskriterium der Generationengerechtigkeit bleibt grundsätzlich der doppelte Ergebnisausgleich und nicht der Schuldenstand (siehe S. 18f).

Zuwendungsquote

Die Zuwendungsquote ist eine Finanzkennzahl. Die Kennzahl bestimmt sich in der Doppik, indem die Erträge aus Zuwendungen durch die ordentlichen Erträge geteilt werden.

$$\text{Zuwendungsquote} = \text{Erträge aus Zuwendungen} * 100 / \text{ordentliche Erträge}$$

Die Zuwendungsquote gibt Hinweise darauf, inwieweit eine Kommune von Zuwendungen - und somit von Leistungen Dritter - abhängig ist. Die Zuwendungsquote informiert darüber, in welchem Umfang die Kommune an Landeszuwendungen beteiligt ist. Deutlich wird damit der Umfang der Abhängigkeit der jeweiligen Kommune von Zahlungen des Landes. Eine hohe Zuwendungsquote kann auch als Hinweis gelten, dass die eigene Steuerstärke nur ein unterdurchschnittliches Niveau hat. Eine geringere Steuerstärke wird üblicherweise durch höhere Schlüsselzuweisungen ausgeglichen. Eine hohe Zuwendungsquote macht dann deutlich, dass die Kommune in ihren Finanzentscheidungen weitestgehend vom Land abhängig ist. Die Zuwendungsquote ist im interkommunalen Vergleich aussagefähig; für sich genommen kann lediglich eine Entwicklung über mehrere Haushaltsjahre betrachtet

und ggf. bewertet werden (Zeitverzug und veränderte Zuwendungsschlüssel erschweren dies). Interkommunale Vergleichszahlen liegen noch nicht vor.

Zuwendungsquote 2019	44,06%
Zuwendungsquote 2018	43,21%
Zuwendungsquote 2017	40,75%
Zuwendungsquote 2016	43,08%
Zuwendungsquote 2015	41,14%

Es ist für den Prüfungsbericht zu 2020 vorgesehen, die Steuerquote zu ermitteln und im Zusammenhang mit der Zuwendungsquote zu bewerten. Die Darstellung ist wegen der Nivellierung durch den Finanzausgleich jedoch schwierig. Ergänzt werden soll die Darstellung um die Einwohnerentwicklung.

VI Ergebnisrechnung

1. Allgemeines

Die vorliegende Ergebnisrechnung bildet die Ressourcenentstehung (Ertrag) und den Ressourcenverbrauch (Aufwand) einer Periode (hier Haushaltsjahr 2019) ab. Als Bestandteil des Jahresabschlusses wurde diese unter Beachtung der Vorgaben nach § 43 KomHVO in Staffelform aufgestellt. Für die Gliederung wurde § 2 KomHVO entsprechend beachtet.

Das Haushaltsjahr 2019 schließt mit einem Jahresergebnis von +998.425,01 EUR ab (Jahresüberschuss).

Ein Jahresüberschuss/-fehlbetrag nahe 0 Euro gilt als Indikator für die Generationengerechtigkeit der Haushaltswirtschaft einer Gebietskörperschaft, da nur in dem Maße Ressourcen verbraucht wurden (Aufwendungen) wie sie auch erwirtschaftet werden konnten (Erträge). Jahresfehlbeträge lassen darauf schließen, dass aktuell auf Kosten künftiger Generationen gewirtschaftet wird.

Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis 2019 beträgt 746.804,04 EUR.

ordentliche Erträge	63.331.704,92 EUR
ordentliche Aufwendungen	62.584.900,88 EUR
ordentliches Ergebnis	+ 746.804,04 EUR

Ordentliche Erträge – wesentliche Abweichungen vom Haushaltsansatz

Steuern und ähnliche Abgaben: Die Finanzvorfälle sind entsprechend Kontenbereich 40, Kontengruppe 401 - 404 vollständig und periodengerecht erfasst worden.

Die Steuererträge weisen 670.416,83 EUR Wenigereinnahmen gegenüber der Planung aus (v.a. bei der Gewerbesteuer).

Zuwendungen und allgemeine Umlagen: Die Schlüsselzuweisungen, Bedarfszuweisungen und sonstigen allgemeinen Zuweisungen entsprechen Kontenbereich 41, Kontengruppe 411-414 sind vollständig und periodengerecht erfasst. Die Hauptursachen für die Mindererträge in Höhe von 4.967.811,56 EUR sind verminderte Zuweisungen vom Land (Stadtsanierung/Förderung privater Dritter/Hochwasser).

Sonstige ordentliche Erträge: Die sonstigen ordentlichen Erträge im Kontenbereich 45, Kontengruppe 451 – 459, weisen Mehrerträge gegenüber der Planung aus (1.757.283,36 EUR). Sie entstanden überwiegend durch die Auflösung von Sonderposten (413.837,70 EUR) oder erhöhten Erträgen aus der Veräußerung von Grundstücken (495.255,13 EUR). Einnahmen auf Grund von Verwarn- und Bußgeldern waren 2018 stark rückläufig (183.693,46 EUR) und sind 2019 wieder angestiegen (234.779,95 EUR).

Ordentliche Aufwendungen

Personalaufwendungen: Gegenüber dem Planansatz haben sich die Aufwendungen um 740.965,75 EUR verringert.

Wesentlichen Anteil daran hatten Dienstaufwendungen und Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung für Beschäftigte aufgrund zeitweise nicht besetzter Stellen und Langzeiterkrankungen ohne Entgeltfortzahlung bei gleichzeitigem Verzicht auf Einstellung einer Vertretung.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen: Diese Aufwendungen reduzierten sich gegenüber dem Planansatz um 4.247.174,22 EUR.

Die Minderausgaben liegen v.a. an nicht abgeflossenen Mitteln durch Bauverzögerungen (bei Hochwassermaßnahmen 2.827.400,00 EUR sowie Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen 791.758,28 EUR). Aufwendungen für Hochwassermaßnahmen werden zum Jahresende ins außerordentliche Ergebnis umgebucht.

Transferaufwendungen: Die Aufwendungen haben sich gegenüber dem Planansatz 2019 um 2.334.173,97 EUR verringert.

Die Zuschüsse an die Kindertageseinrichtungen der Freien Träger erhöhten sich um 358.312,79 EUR, weil die Freien Träger die Zahlung höherer tariflicher Vergütung für das Personal inzwischen durchgeführt haben (in 2018 war dies noch nicht erfolgt).

Nicht abgeflossen waren jedoch Mittel für die Förderung privater Dritter auf Grund der Verschiebung der Fördermaßnahmen (Abriss JVA -1.266.800,00 EUR, Sanierung

Gradierwerk -200.000,00 EUR oder Sanierung Siedlungsstraße 28 bis 30 -633.800,00 EUR).

Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen: Die Aufwendungen für Zinsen gingen gegenüber dem Haushaltsansatz um 3.427,72 EUR zurück, gegenüber dem Vorjahr um 47.658,41 EUR als Folge des Schuldenabbaus.

Bilanzielle Abschreibungen: Anhand der bilanziellen Abschreibungen wird der Werteverzehr des städtischen Vermögens dargestellt. Die Abschreibungsbeträge wurden auf Grundlage der tatsächlich in der Anlagenbuchhaltung ermittelten Werte eingebucht. Dadurch entstanden Mehraufwendungen von 399.034,61 EUR.

Außerordentliches Ergebnis

Der Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen ist das Ergebnis außerhalb der gewöhnlichen Tätigkeit der Gemeinde auftretender Ereignisse, die für die Abbildung der wirtschaftlichen Situation der Gemeinde von wesentlicher Bedeutung sind. Die separate Ausweisung erfolgt, um Einmaleffekte zu separieren, die den Blick auf die Haushaltslage trüben könnten.

Außerordentliche Erträge

Insgesamt wurden im HHJ 2019 außerordentliche Erträge in Höhe von 424.591,09 EUR ausgewiesen (Zuwendungen Land Sachsen-Anhalt für Hochwasserkatastrophenhilfe).

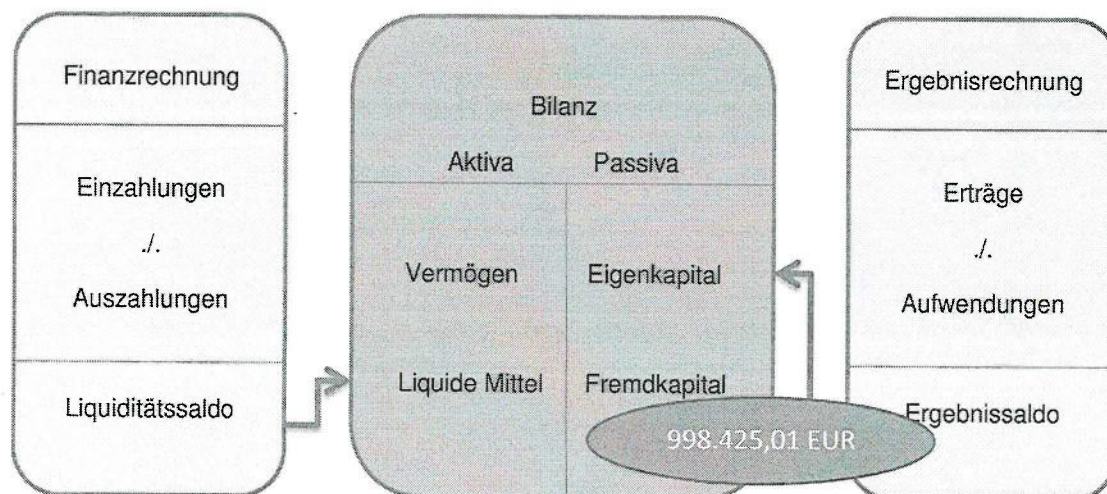
Außerordentliche Aufwendungen

Außerordentliche Aufwendungen wurden in Höhe von 172.970,12 EUR gebucht (Aufwendungen zur Beseitigung von Hochwasserschäden 2013). Laut Hochwassererlass des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt vom 21.6.2013 sind Erträge und Aufwendungen im Rahmen der Hochwasserkatastrophenhilfe am Ende des Haushaltsjahres ins außerordentliche Ergebnis zu buchen.

Jahresergebnis

ordentliche Erträge	63.331.704,92 EUR
ordentliche Aufwendungen	62.584.900,88 EUR
ordentliches Jahresergebnis	+746.804,04 EUR
Außerordentliche Erträge	424.591,09 EUR
Außerordentliche Aufwendungen	172.970,12 EUR
Außerordentliches Jahresergebnis	+251.620,97 EUR
Ordentliches Jahresergebnis	+746.804,04 EUR
Außerordentliches Jahresergebnis	+251.620,97 EUR
Jahresergebnis 2019	+998.425,01 EUR

Das Jahresergebnis 2019 beläuft sich auf 998.425,01 EUR und stimmt mit dem Jahresüberschuss in der Bilanz überein. Dieser Betrag wird zu Gunsten des Eigenkapitals in der Bilanz verbucht.



Drei-Komponenten-Modell

Plan-Ist-Vergleich

Gem. § 43 Abs. 2 KomHVO wurden den Ist-Ergebnissen die Ergebnisse der Rechnung des Vorjahres und die fortgeschriebenen Planansätze des Haushaltsjahres 2018 vorangestellt und ein Plan/Ist-Vergleich angefügt. Erhebliche Abweichungen von der Haushaltsplanung wurden im Rechenschaftsbericht zutreffend erläutert.

Teilergebnisrechnungen

Um die Ergebnisrechnung aufstellen zu können, sind zuvor entsprechend Teilpläne und Teilrechnungen aufzustellen. Teilergebnisrechnungen stellen das tatsächliche Ressourcenaufkommen und den tatsächlichen Ressourcenverbrauch der jeweiligen Gliederungseinheit dar. Die Form der Teilergebnisrechnungen entspricht § 45 und ebenso dem verbindlichen Muster 15 KomHVO.

2. Kennzahlen

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Die wichtigste Erfolgskennzahl dürfte die Feststellung des Jahresüberschusses bzw. des Jahresfehlbetrages sein. Der Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag (auch allgemein: Jahresergebnis) ist der Saldo der gesamten Erträge und Aufwendungen in der Ergebnisrechnung (Gebietskörperschaften) bzw. der Gewinn- und Verlustrechnung (öffentliche Unternehmen) eines Geschäfts- bzw. Haushalts-/Rechnungsjahres.

Der Jahresüberschuss/-fehlbetrag steht für den Erfolg oder Misserfolg eines öffentlichen Unternehmens bzw. einer Gebietskörperschaft im Rechnungsjahr. Grundsätzlich gilt hierbei, dass die Erträge ausreichen sollten, um die Aufwendungen zu decken.

Im Sinne einer antizyklischen Fiskalpolitik können öffentliche Gebietskörperschaften in konjunkturell schlechten Zeiten Defizite eingehen; in konjunkturell guten Zeiten müssen diese dann jedoch durch Überschüsse wieder ausgeglichen werden. Ein Jahresüberschuss/-fehlbetrag nahe 0 Euro gilt als Indikator für die Generationengerechtigkeit der Haushaltswirtschaft einer Gebietskörperschaft, da nur in dem Maße Ressourcen verbraucht wurden (Aufwendungen) wie sie auch erwirtschaftet werden konnten (Erträge). Jahresfehlbeträge lassen darauf schließen, dass aktuell auf Kosten künftiger Generationen gewirtschaftet wird.⁴ Die Möglichkeit konjunkturell gegensteuern zu können führt dazu, den Anspruch der Generationengerechtigkeit nicht jährlich betrachten zu müssen, sondern zyklisch (z.B. interperiodische Gerechtigkeit in fünfjährigen Zeiträumen). Für eine zyklische Betrachtung reicht aus Sicht der Stabsstelle die Laufzeit der Doppik bisher noch nicht aus.

Das Jahresergebnis von +998.425,01 EUR entspricht den Vorgaben dieser Kennzahl. Ebenso das ordentliche Jahresergebnis (+746.804,04 EUR).

Jahresergebnis		Einwohnerzahl	Jahresergebnis in EUR je EW
2019	998.425,01 EUR	32.155	31,05
2018	3.604.140,81 EUR	32.402	111,23
2017	4.945.238,21 EUR	32.755	150,98
2016	1.403.616,88 EUR	32.784	42,81
2015	2.412.135,88 EUR	33.012	73,07

Personalaufwandsquote

Die Personalaufwandsquote ist das Verhältnis von Aufwendungen für das Personal einer Gebietskörperschaft zu den gesamten Aufwendungen. Es werden die ordentlichen Aufwendungen zu Grunde gelegt, um Schwankungen durch außerordentliche Vorgänge heraus zu rechnen.

*Personalaufwandsquote = gesamte Personalaufwendungen in EUR/ordentliche Aufwendungen * 100*

Jahr	Personalaufwandsquote in %
2019	31,44
2018	32,22
2017	32,35
2016	31,42

⁴ Vgl. Andreas Burth, Basiswissen Kommunal финанzen (2016), URL: <https://www.haushaltssteuerung.de/finanzkennzahlen-doppik-erfolgskennzahlen.html#jahresueberschuss-fehlbetrag> (Stand 20.8.2023).

2015	31,19
------	-------

Die Personalaufwandsquote wird seit Jahren trotz Lohnsteigerungen weitgehend konstant gehalten. Dieser positive Verlauf kann mangels interkommunaler Vergleichszahlen nicht weiter bewertet werden.

Durchschnittliche Restnutzungsdauer

Da viele Investitionen, die in den 1990er Jahre getätigt wurden, bald abgeschrieben sind, senkt dies die Belastung des Ergebnishaushaltes hinsichtlich der Höhe der Abschreibungen. Die Abschreibungsbelastung (Kennzahl siehe Rechenschaftsbericht Seite 16) geht zurück, der Ausgleich des Ergebnishaushaltes gelingt einfacher. Dies geht zu Lasten des Infrastrukturvermögens und ist insofern gefährlich, weil dieser Vorgang nicht kassenwirksam ist und zu einem schleichenden Verfall der Vermögenswerte führen kann. Das zentrale Prinzip der Doppik, die Generationengerechtigkeit, wäre verletzt.

Generationengerechtigkeit ist ein ethisches Leitbild, das im Kontext der Staatsfinanzen allgemein definiert ist als ein Zustand, in dem die aktuelle Generation im Rahmen der öffentlichen Leistungserstellung nur so viele Ressourcen verbraucht wie sie auch selbst erwirtschaftet (vgl. Marc Gnädinger, Haushaltskonsolidierung in Kommunen, Erich Schmidt Verlag, 4. Auflage 2021, S. 21ff). Unabhängig vom Problem der Definition einer „Generation“ wird geraten, den Begriff durch eine „interperiodische Gerechtigkeit“ zu ersetzen. Betrachtet werden sollen also mehrjährige Zeiträume, in denen Raum bleibt für antizyklische Fiskalpolitik (siehe S. 18 Kennzahl Jahresüberschuss/Jahresdefizit).

Die durchschnittliche Restnutzungsdauer gibt grundlegende Hinweise auf den Gesamtzustand des Vermögens. Einen Aussagewert hat die Kennzahl jedoch nur, wenn Sachanlagen berücksichtigt werden, die einer Abschreibung unterliegen. Die Kennzahl wird der Abschreibungsbelastung gegenübergestellt.

Durchschnittliche Restnutzungsdauer in Jahren = Sachanlagevermögen (ohne unbebaute Grundstücke und Kunstgegenstände) in EUR/ Abschreibungen in EUR

Jahr	Durchschnittliche Restnutzungsdauer in Jahren	Abschreibungsbelastung in %
2019	21,56	8,21
2018	21,80	8,47
2017	22,19	8,52
2016	21,70	8,71
2015	23,25	8,69

Seit 2017 nimmt die Abschreibungsbelastung ab, ebenso die durchschnittliche Restnutzungsdauer. Die Stabsstelle Rechnungsprüfung weist darauf hin, dass hier eine mögliche Fehlentwicklung vorliegen könnte.

Zinslastquote

Die Zinslastquote zeigt die Belastungen aus Finanzierungsaufwendungen im Verhältnis zu den ordentlichen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit. Damit gibt sie Hinweise auf das Ausmaß der anteiligen Belastung der Kommune durch in der Haushalts- bzw. Rechnungsperiode oder in Vorjahren aufgenommene Kassenkredite und Kredite. Eine hohe Quote ist ein Indiz für eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten der Kommune. Sie wird hier ins Verhältnis zum Schuldenstand und dem Leitzins* der Europäischen Zentralbank gesetzt.

*Zinslastquote = Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen/ordentliche Aufwendungen * 100*

Jahr	Leitzins der EZB am 1.1.	Entwicklung Schuldenstand	Zinslastquote (Rechenschaftsbericht S. 16)
2015	0,05%	37.427.284,89 EUR	2,15%
2016	0,05%	33.174.825,81 EUR	2,19%
2017	0,00%	28.058.686,39 EUR	1,00%
2018	0,00%	24.092.152,23 EUR	0,47%
2019	0,00%	18.681.925,90 EUR	0,37%
2020	0,00%		
2021	0,00%		
2022	0,00%		
2023	2,5%		
1.11.2023	4,5%		

*Zinssatz für Hauptfinanzierungsgeschäft

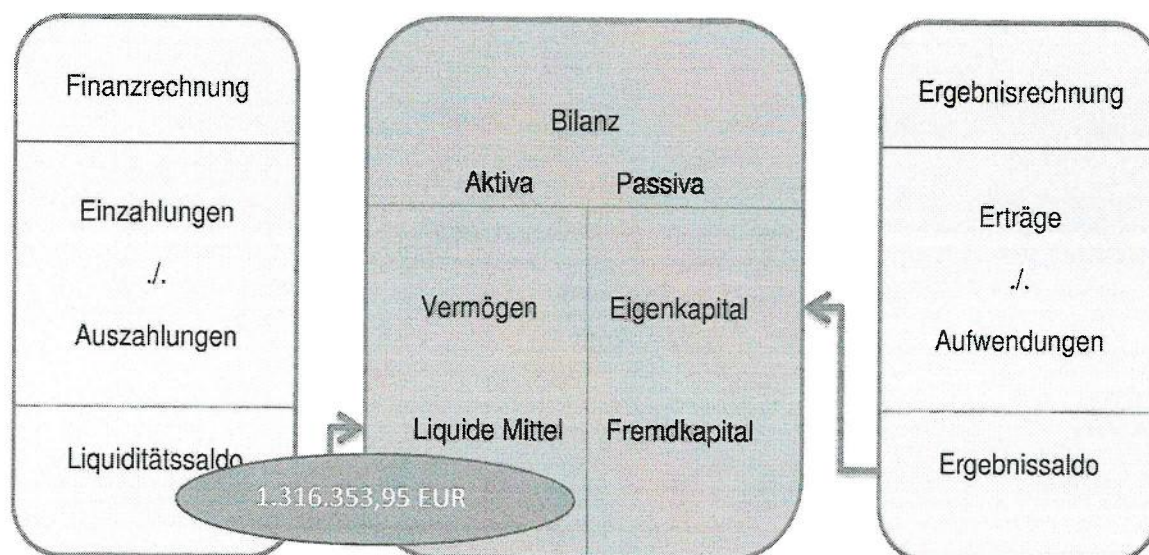
Dank konsequentem Schuldenabbau sinkt die Zinslastquote kontinuierlich. Die Zinsentwicklung 2023 zeigt, dass mit Verschuldung sorgsam umgegangen werden muss. Besonders die Zinsaufwendungen für (kurzfristige) Kassenkredite können zukünftig zu deutlich größeren Belastungen führen (siehe Kennzahl Kreditstruktur).

VII Finanzrechnung

1. Allgemeines

Die Finanzrechnung erfasst die realisierten Zahlungsströme innerhalb eines Rechnungsjahrs, d.h. die tatsächlich eingegangenen bzw. geleisteten Einzahlungen und Auszahlungen. Die Finanzrechnung ist Teil des doppelischen Jahresabschlusses sowie Bestandteil des Drei-Komponenten-Modells.

Die Abbildung (vergleichbar zur Darstellung in der Ergebnisrechnung Seite 20) zeigt, wie die Finanzrechnung und die Bilanz im Sinne des Drei-Komponenten-Modells zusammenhängen. Die Verknüpfung besteht hierbei darin, dass der in der Finanzrechnung ausgewiesene positive/negative Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen die Bilanzposition "Liquide Mittel" (eine Unterposition des Umlaufvermögens) erhöht/mindert.



In der Finanzrechnung sind die im Haushaltsjahr 2019 eingegangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen ausgewiesen. Sie wurde in Staffelform und entsprechend der Gliederung nach § 3 KomHVO aufgestellt. Ergänzend wurden die Zahlungen aus der Aufnahme und der Tilgung von Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit gesondert dargestellt. § 43 Abs. 2 KomHVO fand entsprechend Anwendung.

1. Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit			
	Fortgeschriebener Planansatz 2019 in EUR	Ergebnis Haushaltsjahr 2019 in EUR	Plan/Ist-Vergleich 2019 in EUR
• <u>Einzahlungen</u>	64.575.255,91	58.343.848,10	
• <u>Auszahlungen</u>	64.167,544,08	57.006.436,74	
<u>Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit</u>	407.711,88	<u>+ 1.337.411,36 EUR</u>	+929.699,53

2. Saldo aus Investitionstätigkeit			
	Fortgeschriebener Planansatz 2019 in EUR	Ergebnis Haushaltsjahr 2019 in EUR	Plan/Ist-Vergleich 2019 in EUR
• <u>Einzahlungen</u>	7.035.149,02	7.700.030,92	
• <u>Auszahlungen</u>	13.943.023,90	7.201.044,84	
<u>Saldo aus Investitionstätigkeit</u>		<u>+ 498.986,08</u>	
<u>3. Finanzmittel- überschuss</u>		1.836.397,44	
<u>4. Saldo aus Finanzierungstätig- keit</u>		-4.862.580,35	
<u>5. Summe aus Nr. 3 und Nr. 4</u>		-3.026.182,91	
<u>6. Saldo aus Ein-/ Auszahlung fremder Finanzmittel</u>		59.943,48	
<u>7. Bestand an Finanzmitteln am 1.1.2019</u>		4.282.593,38	
<u>Bestand an Finanzmitteln am 31.12.2019 (in Bilanz als liquide Mittel ausgewiesen)</u>		1.316.353,95	

2. Kennzahlen

Kreditstruktur

Die Kreditstruktur illustriert das Verhältnis von kurzfristig zur Verfügung stehendem Fremdkapital (Restlaufzeit bis zu einem Jahr) zu langfristigem Fremdkapital. Sie wird berechnet, indem man das kurzfristige Fremdkapital durch das langfristige Fremdkapital dividiert (Quotient)

Die Höhe des kurzfristigen Fremdkapitals setzt sich für die Kennzahl wie folgt zusammen:

Liquiditätskredite	1.075.700,00 EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.290.482,29 EUR
Sonstige Verbindlichkeiten laut Anlage 3 zum Jahresabschluss	3.890.000,29 EUR
Investitionskredite mit Restlaufzeit bis ein Jahr	2.013.711,00 EUR
Gesamt (Dividend):	8.269.893,58 EUR
Langfristige Verbindlichkeiten (Divisor)	10.349.552,87 EUR
Kreditstruktur (Quotient)	0,79

Der Wert der Kennzahl Kreditstruktur beträgt 0,79.

Ein Wert von mehr als 1 bedeutet, dass der größte Teil des Fremdkapitals kurzfristigen Charakter hat, dass also mehr als 50% des Fremdkapitals innerhalb von einem Jahr fällig werden. Umgekehrt gilt für einen Wert von kleiner als 1, dass der größte Teil des Fremdkapitals dem öffentlichen Unternehmen bzw. der Gebietskörperschaft langfristig zur Verfügung steht und nicht im Laufe eines Jahres fällig wird.

Insbesondere im Kontext der Kassenkredite (= kurzfristige Verbindlichkeit) gilt, dass hohe Bestände problematisch sind, da selbige für laufende Auszahlungen verwendet werden und nicht durch Vermögenswerte gedeckt sind. Aufgrund ihrer sehr kurzen Laufzeit unterliegen die Kassenkredite einem sehr hohen Zinsänderungsrisiko. Ein ehemals niedriges Kassenkredit-Zinsniveau kann insofern innerhalb weniger Monate in ein hohes Zinsniveau umschlagen, was sich in hohen Zinsaufwendungen niederschlägt. Genau dies ist 2022/2023 hinsichtlich des Zinsniveaus erfolgt.

Jahr	Kreditstruktur Stadt Naumburg (Saale)
2019	0,79
2018	0,98
2017	1,24
2016	2,14
2015	1,15

Der Sonderbericht des Landesrechnungshofes von 2020 zu den Kommunalfinanzen gibt Auskunft über die Entwicklung der Kommunalverschuldung nach Gebietskörperschaften in Bezug auf (langfristige) Investitionskredite und (kurzfristige) Liquiditätskredite, wobei zwischen kreisfreien Städten, Landkreisen und kreisangehörigen Gemeinden unterschieden wurde.

Jahr	Schuldenstand kreisangehörige Gemeinden in Mio EUR	davon langfristig in Mio EUR	davon kurzfristig in Mio EUR	Kreditstruktur kreisangehörige Gemeinden	Kreditstruktur Stadt Naumburg (Saale)
2019	1.405	727	678	0,93	0,79
2018	1.456	777	679	0,87	0,98
2017	1.539	839	700	0,83	1,24
2016	1.615	903	712	0,79	2,14
2015	1.642	966	676	0,70	1,15

Die Kreditstruktur veränderte sich bei den kreisangehörigen Gemeinden in Sachsen-Anhalt seit 2015 zu Lasten langfristiger Kredite, die Entwicklung bei der Stadt Naumburg (Saale) ist gegenläufig dazu und positiv zu bewerten.

3. Prüfung der offenen Forderungen

Von der Stabsstelle wurden die Niederschlagungen zum Zweck der Jahresabschlussprüfung für das Haushaltsjahr 2019. Zusammengefasst wurde festgestellt, dass die Dokumentation in den einzelnen Akten nicht einheitlich und nicht vollständig war, möglicherweise Schulungsbedarf bei dem eingesetzten Personal bestehen könnte und der Einsatz einer geeigneten Software geprüft werden sollte. Im Folgenden sind Auszüge des Prüfberichtes wiedergegeben:

Ergebnis der Prüfung der unbefristeten Niederschlagungen zum 31.12.2019
zum Zweck der Jahresabschlussprüfung für das Haushaltsjahr 2019

Auf der Grundlage der KomHVO des Landes Sachsen-Anhalt mit Gültigkeit zum 01.01.2016 kann unter Beachtung des § 30 von Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse unbefriedigten kommunaler Forderungen Gebrauch gemacht werden. Im Besonderen dürfen gem. § 30 Abs. 2 Nr. 1 u. 2 der KomHVO LSA Ansprüche niedergeschlagen werden, wenn feststeht, dass:

- ☐ die Einziehung keinen Erfolg mehr haben wird o d e r
- ☐ die Kosten der Einziehung zur Höhe des Anspruchs in keinem angemessenen Verhältnis stehen würde.

Im Übrigen gilt gleichermaßen die Dienstanweisung, DA-4/2016, über die Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen der Stadt Naumburg (Saale). Zu erwähnen ist, dass der § 31 der KomHVO LSA eine Aussage zum Umgang mit Kleinstbeträgen trifft. Gemäß § 31 der KomHVO LSA heißt es, dass die Kommune davon absehen kann, Ansprüche von weniger als zehn Euro geltend zu machen, es sei denn, dass die Einziehung aus grundsätzlichen Erwägungen geboten ist. Es wird deutlich, dass eine Geltendmachung von Ansprüchen von Kleinstbeträgen in einer Höhe von 10,00 € sehr eng ausgelegt ist, bei denen eben nur von der Beitreibung noch offener Forderungen abgesehen werden kann

Vom Sachgebiet Finanzen (20) / Stadtkasse im Hause wurden im Monat 12/2022 insgesamt 163 Forderungsakten mit insgesamt 224 zu prüfenden Buchungsvorgängen zur abschließenden Prüfung von

unbefristeten Niederschlagungen an die Stabsstelle Rechnungsprüfung zur Prüfung und Erarbeitung einer abschließenden Stellungnahme übergeben. Es ist festzustellen, dass sich die Vorgänge auf einen Bearbeitungszeitraum aus den Jahren 2018/2019 beziehen

Die Prüfung dieser insgesamt 163 Forderungsakten erfolgte im Zeitraum von Ende Februar 2023 bis einschließlich zum 10.05.2023.

Nach Abschluss der vollständigen Prüfung aller Forderungsvorgänge machte sich ein abschließendes Prüfungsgespräch mit dem Sachgebiet Finanzen erforderlich, um Detailfragen abzuklären. Beispielsweise wurde eine vollständige Dokumentation hinsichtlich der einzelnen Prüfungshandlungen oftmals vermisst. Auch der Umgang mit Privatinsolvenzen und deren Weiterverfolgung ist rechtlich in einigen Fällen nachzuarbeiten und weiter zu verfolgen, denn bestehende Vollstreckungstitel entfalten ihre Wirksamkeit bis zu 30 Jahren. Bei Firmeninsolvenzen und in Folge einer Abmeldung der Gewerbetätigkeit stellt sich die Frage nicht. Eine vollständige chronologische Dokumentation dieses Forderungsvorganges mit einem schlüssigen Ergebnis wird in den geprüften Forderungsakten in der Regel vermisst. Es sind lediglich lückenhaft Hinweise darauf zu finden.

In den 163 zu prüfenden Forderungsvorgängen mit insgesamt 224 Buchungsvorgängen aus 2018/2019 handelt es sich nur um Vorgänge einer unbefristeten Niederschlagung in Gesamthöhe von 105.228,86 Euro. Bei keiner dieser Vorgänge wurde nach Aktenlage zunächst auf eine befristete Niederschlagung abgestellt, obwohl nach Sachverhaltssituation überwiegend eine befristete Niederschlagung hätte erfolgen müssen. Auch wenn sich über eine jahrelange Beitreibung nur kleinere Erfolge einstellen, ist entsprechend zu verfahren. Schaut man die Akten durch, dann handelt es sich meist um Schuldner eines Alters, welche offensichtlich noch ein langes Arbeitsleben vor sich haben sollten, so dass über eine befristete Niederschlagung zunächst zu entscheiden gewesen wäre und unter Beachtung der Verjährungsfristen wiederholte Beitreibungen der Schulden nicht unversucht hätten bleiben sollten.

In der Hauptsache ist festzustellen, dass es sich um Forderungsarten ausgebliebener Zahlungen u.a.:

- ☐ von noch offenen Forderungen aus Gewerbe-, Grund- und Hundesteuer;
- ☐ von noch offenen Forderungen aus KITA-Gebühren;
- ☐ von noch offenen Forderungen aus Gebühren zur Sondernutzung von öffentlichen Flächen handelt, um einige der wesentlichen Hauptforderungsarten zu benennen.

Eine über die Jahre hinweg erfolgten Beitreibungsversuche zunächst durch Mahnungen, persönliches Aufsuchen durch den Vollstreckungsbeamten über Amtshilfeersuchen bei anderen Behörden, weiter über Kontenpfändung Ratentilgungsvereinbarungen, anderweitigen Vollstreckungsmaßnahmen, sind sicher mühsam und führen eben nicht in kurzer Zeit zum erwünschten Erfolg. Aber dennoch ist es wichtig, zielgerichtet Anstrengungen zur Beitreibung zu veranlassen und vollständig zu dokumentieren, da es sich bei den offenen Forderungen ursprünglich um Auszahlungen aus Steuergeldern handelt und die Kleinstbetragsregelung des Landes mit 10,00 € sehr eng ausgelegt ist.

Um künftig möglicherweise derartige unbefristete Niederschlagungen zu minimieren, wird empfohlen:

- ☐ zeitnah den Dienstposten des Vollstreckungsbeamten wieder zu besetzen,
- ☐ möglicherweise bei der Erhebung von Gebühren mit Vorkasse zu agieren u n d
- ☐ zu prüfen, inwieweit es machbar ist, dass Eltern die Zahlung von Elternbeiträgen aus eigenen regelmäßigen Geldzuflüssen an den Träger der Einrichtung abtreten;
- ☐ und eben auch befristet niederzuschlagen;
- ☐ den Prozessablauf der Beitreibung unter Beachtung der entsprechenden Rechtsgrundlage vollständig zu dokumentieren;

- und zu prüfen ist unbedingt der Einsatz entsprechender Software um den Prozessablauf digital zu organisieren, damit zu optimieren und dabei drohende Verfristungen besser im Blick zu halten s o
w i e
- die Erstellung eines Handbuches zum Prozessablaufes der Bearbeitung einer Forderungsakte mit entsprechenden Fallkonstellationen um ein analoges und einheitliches Vorgehen der beauftragten Mitarbeiter im Team zu sichern.

Abschließend ist davon auszugehen, dass für die aus diesem Zeitraum geprüften Forderungsakten keine Änderungen der Verfahrensweise bezüglich der Beitreibung von noch offenen Forderungen mehr machbar ist, da rechtlich nicht mehr regulierbar.

Aber um künftig eine Qualitätsverbesserung im Umgang mit offenen Forderungen zu erzielen, werden entsprechende Maßnahmen im Sachgebiet Finanzen eingeleitet. Dazu gehört u.a. eine inhaltliche Überarbeitung der bestehenden Dienstsanweisungen im Umgang mit offenen Forderungen mit dem Ziel, ein qualitativ verbessertes Forderungsmanagement intern zu erreichen.

Den vorbereiteten für eine unbefristete Niederschlagung vorgesehenen Forderungen wird unter den beschriebenen und abgestimmten Voraussetzungen gefolgt und damit von der Stabsstelle Rechnungsprüfung entsprochen.

Für die Stabsstelle Rechnungsprüfung ist es schwierig, die „Schlagkraft“ des Forderungsmanagements zu beurteilen. Hier sollte der Einsatz von Kennzahlen in Erwägung gezogen werden (durchschnittliche Bestandsdauer einer Zahlungsforderung, Mahnvolumen, Kosten eines Mahnfalles). Ohne Einsatz entsprechender Software erscheint dies derzeit unrealistisch.

VIII *Anhang*

In den Anhang des Jahresabschlusses wurden diejenigen Angaben aufgenommen, die zu einzelnen Posten der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung sowie der Vermögensrechnung zum Verständnis Dritter notwendig oder vorgeschrieben sind. Dabei wurden die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen gegenüber dem Vorjahr erläutert.

IX *Anlagen des Anhangs*

Rechenschaftsbericht

Der Jahresabschluss ist gemäß § 118 Abs. 3 KVG LSA durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern, der auf Grund § 48 KomHVO Aussagen über den Verlauf der Haushaltswirtschaft und der Lage der Kommune trifft. Der vorgelegte Rechenschaftsbericht wurde entsprechend diesen gesetzlichen Vorgaben erstellt. Die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses sowie erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen wurden erläutert.

Anlage 1 **Anlagevermögen**

Gemäß dem verbindlichen Muster 18 sowie des § 49 (1) KomHVO wurde eine Anlagenübersicht beigefügt. Sie gibt Auskunft über den Stand jeweils zu Beginn und zum Ende des Haushaltsjahres hinsichtlich des immateriellen Vermögens, des Sachvermögens sowie des Finanzvermögens.

Die Darstellung der Zu- und Abgänge, der Zu- und Abschreibungen erfolgte korrekt. Die Anlagenübersicht (Anlage 1) wurde entsprechend der Bilanz gegliedert. Das Anlagevermögen beläuft sich mit Stand vom Jahresende 2019 auf einen Buchwert von **178.410.990,79 EUR** und damit um 1.941.772,21 EUR höher als zu Beginn des Haushaltsjahres.

Anlage 2 **Forderungsübersicht**

Gemäß dem verbindlichen Muster 19 sowie des § 49 (2) KomHVO wurde eine Forderungsübersicht (Anlage 2) beigefügt. Entsprechend § 46 Abs. 3 Nr.2 b und c KomHVO wurden öffentlich-rechtliche Forderungen, privatrechtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen. Der Endbetrag zu Beginn und zum Ende des Haushaltsjahres wurden dargestellt.

Der Gesamtbetrag am Abschlusstag wurde unter Angabe der Restlaufzeit angegeben, gegliedert nach Forderungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr, von einem bis zu fünf Jahren und von mehr als fünf Jahren.

Die Forderungsübersicht stimmt mit der Darstellung in der Bilanz überein.

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen verringerten sich im Haushaltsjahr 2019 um 722.964,74 EUR gegenüber dem Vorjahr.

Anlage 3 **Verbindlichkeitenübersicht**

Gemäß dem verbindlichen Muster 20 sowie des § 49 (3) KomHVO wurde eine Verbindlichkeitenübersicht (Anlage 3) beigefügt.

Es wurde jeweils der Gesamtbetrag zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres angegeben, gegliedert in Betragsangaben mit Restlaufzeiten bis zu einem Jahr, von einem bis fünf Jahren und von mehr als fünf Jahren.

Die Verbindlichkeitenübersicht stimmt mit der Darstellung in der Bilanz überein. Die Verbindlichkeiten haben sich gegenüber dem Vorjahr um 5.410.226,33 EUR verringert.

Anlage 4 **Übersicht über zu übertragende Haushaltsermächtigungen**

Gemäß dem verbindlichen Muster 21 sowie des § 49 (4) KomHVO wurde eine Übersicht der zu übertragenden Haushaltsermächtigungen (Anlage 4) beigefügt.

Anlage 5 **Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen**

Gemäß dem verbindlichen Muster 22 sowie des § 49 (4) KomHVO wurde eine Übersicht der zu übertragenden Verpflichtungsermächtigungen (Anlage 5) beigelegt. Die Verpflichtungsermächtigungen betreffen die Stadtsanierung Naumburg und die Stadtsanierung Bad Kösen.

Anlage 6 **Rückstellungsspiegel**

Rückstellungen sind Teil des Fremdkapitals und stellen eine Ergänzung zu den Verbindlichkeiten dar. Der Unterschied zu den Verbindlichkeiten liegt darin, dass die Verbindlichkeiten grundsätzlich in ihrem Verpflichtungsgrund und in ihrer Höhe genau bestimmbar sind. Rückstellungen sind nur in Höhe des Betrages anzusetzen, der voraussichtlich notwendig ist.

Der freiwillig im Jahresabschluss 2019 als Anlage 6 aufgezeigte Rückstellungsspiegel gibt Auskunft über den Stand zu Beginn und zum Ende des Haushaltsjahres. Verbrauch, Auflösung und Zuführung sind dargestellt. Die Rückstellungsübersicht wurde entsprechend der Bilanz gegliedert. Die Summe der Rückstellungen zum 31.12.2019 beträgt 340.552,02 EUR.

X Ergebnis der Jahresabschlussprüfung/Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsamtes

Die Stabsstelle Rechnungsprüfung bestätigt gemäß § 141 Absatz 3 Satz 2 KVG LSA, dass der Jahresabschluss 2019 der Stadt Naumburg (Saale) nach pflichtgemäßer Prüfung den gesetzlichen Vorschriften entspricht und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Stadt Naumburg (Saale) vermittelt.⁵

Der Jahresabschluss wurde nicht entsprechend § 120 Absatz 1 Satz 1 KVG LSA innerhalb von vier Monaten nach Ende des Haushaltsjahres aufgestellt, sondern erst am 17.10.2023 der Stabsstelle Rechnungsprüfung übergeben. Das Problem der verzögerten Jahresabschlüsse besteht landesweit.

Insbesondere wird bestätigt:

- Der Jahresabschluss wurde nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung aufgestellt und ist klar und übersichtlich.

⁵ Prüfungsbericht und Bestätigungsvermerk sind unter Angabe von Ort und Datum vom Rechnungsprüfer eigenhändig zu unterschreiben (siehe IDR Prüfungsleitlinie 260, Nummer 4.9.).

- Im Jahresabschluss sind sämtliche Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten, Rechnungsabgrenzungsposten, Erträge, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune dargestellt.
- Der Jahresabschluss ist durch einen Rechenschaftsbericht, der als Anlage beigefügt ist, erläutert.
- Dem Jahresabschluss sind außerdem folgende Anlagen beigefügt:

Übersicht über das Anlagevermögen (Anlage 1),
Übersicht über die Forderungen (Anlage 2),
Übersicht über die Verbindlichkeiten (Anlage 3),
Übersicht über die in das Folgejahr zu übertragenden Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen (Anlage 4) und eine
Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen (Anlage 5).

Mit einem Jahresüberschuss, der sich gegenüber den Vorjahren der „Null“ annähert, kann von einer generationengerechten Haushaltswirtschaft in 2019 ausgegangen werden.

Die Verschuldung hat sich 2019 erneut verringert; die Kreditstruktur hat sich positiv verändert, wobei die folgende Niedrigzinsphase die Entwicklung relativiert.

Die Personalkostenquote mit den Personalkosten als einer der größten Aufwandsarten konnte konstant gehalten werden.

Die Entwicklung des Zustandes des Sachanlagevermögens ist auch 2019 wieder negativ und muss beobachtet werden.

Naumburg, den 14.11.2023



Jähn

Leiter Stabsstelle Rechnungsprüfung